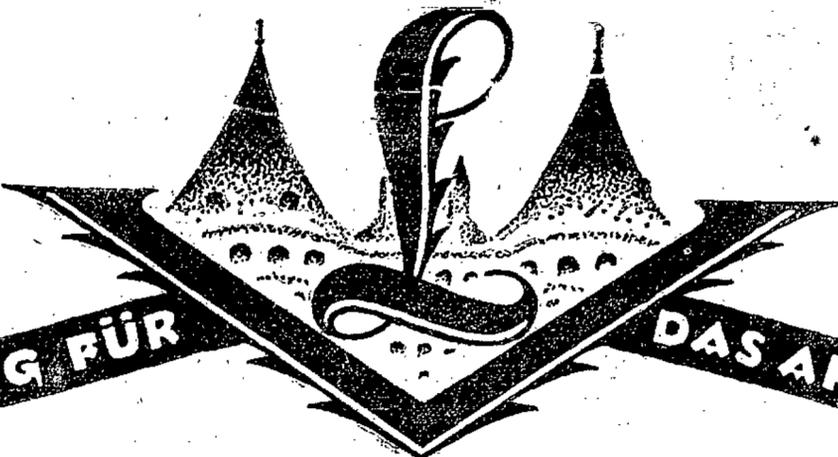


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreistellungsanstalt 120 Mk. Einzelverkaufspreis 5,00 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 16,00 Mk., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15,00 Mk., Reklamen 50,00 Mk. Beilagengebühr 1000 Stk. 250 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 230.

Montag, 2. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

Die Gefahr am Bosphorus.

Berlin, 30. September.

Die englische Regierung hat den Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte am Bosphorus angewiesen, von Kemal Pascha die sofortige Räumung der neutralen Zone zu fordern. Als die englischen Pressevertreter fragten, ob man in dieser Forderung ein Ultimatum zu erblicken habe, ließ Lloyd George antworten: „Nennen Sie es, wie Sie wollen.“ In der Tat kann man den englischen Kabinettsbeschluss nicht ohne weiteres als Ultimatum bezeichnen. Da die englische Regierung nun einmal den Grundsatz von der Unverletzlichkeit der neutralen Zone aufgestellt und da sie an diesem Grundsatz entgegen der Auffassung Italiens und Frankreichs festgehalten hat, ist es nur konsequent, wenn sie von der türkischen Heeresleitung die Achtung dieses Grundsatzes verlangt. Wenn die englische Regierung dieser Frage eine so überragende Bedeutung beimisst, so deshalb, weil eine gesicherte Durchfahrt durch die Dardanellen nur gewährleistet ist, solange die Meeresstraße nicht von der Küste forciert werden kann. Die Sicherheit der englischen Flotte wäre in dem Augenblick gefährdet, in dem das Gebiet von Thranat in türkische Hand überginge.

Kemal Pascha auf der andern Seite wird von dem Gesichtspunkt geleitet, Ost-Thrazien, was ihm auf der Pariser Konferenz zwar versprochen wurde, wenn es nötig sein sollte, mit bewaffneter Hand zu erobern. Sein Ziel muß es also sein, noch vor Zusammentritt der Friedenskonferenz Stellungen zu beziehen, die ihm jederzeit den Übergang nach Europa gestatten. Der Übergang ist an zwei Stellen denkbar. Einmal von Thranat aus und das anderemal von dem asiatischen Teil Konstantinopels aus. In beiden Fällen ist eine Wahrung der neutralen Zone nicht möglich. Es ist für Kemal eine Notwendigkeit, diese Zone schon bei den vorbereitenden Maßnahmen zu durchbrechen. Einen Übergang bei Thranat scheint Kemal nicht zu beabsichtigen. Er verzamelt die Hauptmacht seiner Truppen vor Ismid, einem Vorraum von Konstantinopel. Um sich vor Plänenangriffen aus nordöstlicher Richtung zu sichern, ist er genötigt, den Raum von Thranat abzuriegeln. Das ist geschehen, und es ist nicht anzunehmen, daß Kemal den Vorteil, der sich aus dieser Truppenlagerung ergibt, ohne weiteres aus der Hand läßt.

Die Interessen Englands und der Türkei stehen sich also im Augenblick diametral gegenüber. Auf der bisherigen Grundlage wird sich ein Kompromiß kaum finden lassen. Zurzeit scheint es tatsächlich, als könne nur das Schwert den Knoten lösen, der durch eine überaus schwierige diplomatische Situation geknüpft worden ist. Trotzdem ist nicht anzunehmen, daß es zu kriegerischen Handlungen kommt. Kemal hätte zwar im Augenblick die Aussicht, den Weg nach Konstantinopel und weiter nach Thrazien zu erzwingen, und der englischen Truppenmacht eine Niederlage beibringen, die eine der fürchtbarsten für die englische Weltmacht sein könnte, aber gerade diese Niederlage zwänge Großbritannien, seine ganze Macht einzusetzen, um sein Ansehen wieder herzustellen, und auf die Dauer wäre Kemal Pascha doch nicht imstande, dem erfolgreich zu widerstehen. Er würde sich der Gefahr aussetzen, alles zu verlieren, weil er allzuviel gewollt hat. England wieder kann eine Niederlage und einen ebenso langwierigen wie kostspieligen Krieg nur im äußersten Notfall auf sich nehmen, und es ist demnach die Frage, ob der vorliegende Streit ein solcher Notfall ist. Darüber hinaus könnte ein Zusammenprallen zwischen England und der Türkei den ganzen Balkan in Bewegung setzen, und wir hätten wieder einmal eine Situation, die ganz Europa an die Schwelle eines Krieges brächte. Die Folgen wären unübersehbar.

Angeichts dieser Tatsachen darf man annehmen, daß man die Zündschnur nur einige Tage im Behälter lassen wird, ehe man sie ans Pulver bringt. Umso mehr als Kemal Pascha sich bereit erklärt hat, zu einer Vorkonferenz zu erscheinen. Diese Vorkonferenz gilt als gerade den Hindernissen, die aus dem Wege zu räumen sind, ehe man sich an den Verhandlungstisch setzt, an dem man den endgültigen Frieden herstellen will. Die Lage würde viel von ihrem kritischen Aussehen verlieren, wenn man der Angora-Regierung Schritte, Konstantinopel und Ost-Thrazien sofort zu besetzen, doch ja doch anheimgelassen soll. Damit ent-

wäre für die Angora-Regierung der wichtigste Grund, an der Dardanellenküste militärische Spaziergänge vorzunehmen. Allerdings setzt eine derartige Lösung voraus, daß beide Parteien aufrichtig die Freiheit der Dardanellen wünschen, wie sie es in temperamentvollen Manifesten versichert haben. Sollte dagegen der Kampf am grünen Tisch darum gehen, wer die militärische Vormacht an den Dardanellen behält, dann kann man sich der Mühe einer feierlichen Konferenz entheben, dann ist es tatsächlich so, daß nur das Recht des Stärkeren gilt und der Weltkrieg, der im Osten weiter glimmte, mag von neuem seine gierigen Zungen nach Europa ausstrecken.

Günstige Aussichten?

Paris, 2. Oktober.

Mit auffallendem Optimismus, der sich namentlich aus der Stimmung in England erklärt, beurteilt der „Temps“ gestern Abend die Lage wie folgt: England werde alles daran setzen, um eine friedliche Lösung herbeizuführen, die sich mit ihren Prinzipien vereinigen läßt, und es sei anzunehmen, daß in 48 Stunden jede Gefahr eines Konfliktes beseitigt sein wird.

Französisch-türkische Abmachungen.

Paris, 2. Oktober.

Havas zufolge haben sich der französische Delegierte und Kemal Pascha auf folgende Punkte geeinigt: Thrazien soll sofort von den Alliierten besetzt werden. Nach einem Monat soll die Provinz einer Kommission übertragen werden, die von kemalistischen Gendarmen unterstützt wird und die das Land bei endgültigem Friedensschluß den Türken überlassen soll. Kemal Pascha wünscht, daß Thrazien den Türken nicht in demselben jämmerlichen Zustand in die Hand fällt, wie Anatolien und es sei darum keine Zeit zu verlieren, ehe man die vorgeschlagenen Maßnahmen ergreift. Eine Antwort sei innerhalb 48 Stunden, also bis spätestens Montag früh, erforderlich. Für die Regelung aller Fragen werden eine Konferenz in Sultania vorgeschlagen, für die noch die Zustimmung des Angora-Parlaments notwendig sei. Nach anderen Meldungen ist diese Konferenz am 3. Oktober vorgesehen.

Kemals Truppen über den Bosphorus?

Paris, 2. Oktober.

Der „Intransigeant“ meldet aus Konstantinopel, daß 300 kemalistische Kavalleristen den Bosphorus in der Nähe von Beihos in der neutralen Zone überschritten haben. Gleichzeitig wird gemeldet, daß Kemal Pascha das Angebot der Sowjetregierung, seine Truppen mit russischen Schiffen nach Thrazien zu überführen, angenommen habe. Die Truppen Kemals würden an der Küste des Schwarzen Meeres zusammengezogen und könnten so über das Schwarze Meer nach Thrazien gelangen, ohne dabei mit britischen Truppen in der neutralen Zone oder mit Schiffen der britischen Flotte, die die Meerenge bewachen, zusammenzustößen.

Griechenflucht aus Konstantinopel.

Paris, 2. Oktober.

„Havas“ meldet aus Konstantinopel: In den griechischen Kreisen in Konstantinopel herrsche starke Aufregung. 10 000 Griechen haben bereits ihre Pässe verlangt. Die Schiffe reichen nicht mehr aus, um alle die zu transportieren, die die türkische Hauptstadt verlassen wollen.

Zwangswirtschaft für Brot, Fett und Milch?

Essen, 2. Oktober.

In der gestrigen Sitzung des 14. Verbandstages Katholischer Arbeitervereine und Knäppervereine West-Deutschlands erklärte Reichsminister Gieseler, daß mit einer Verbreitung des Brotpreises zu rechnen sei und zwar spätestens zum 1. November. Die Regierung werde dann zu gleichem Termin die Zwangswirtschaft für Brot, Fett und Milch im vollen Umfange wieder einführen.

Weitere Entschliessungen der Gewerkschaften.

Der Bundesauschuss des A. D. G. B., der zu einer mehr-tägigen Sitzung in Berlin zusammengetreten war, hat am Sonntag Abend noch folgende Entschliessungen gefaßt:

- 1. Entschliessung betr. Uebersehichten im Bergbau.**

„Der Bundesauschuss stimmt dem Uebersehichtenabkommen im Kohlenbergbau zu und spricht den Bergarbeitern Anerkennung und Dank aus für das Opfer, das sie mit ihrer Mehrleistung dem deutschen Volke und damit auch der gesamten Arbeiterchaft darbringen.“

Der Bundesauschuss erklärt, daß durch die Uebersehichten der gefehlte Siebenstundentag im Bergbau keinesfalls in Gefahr gebracht werden darf; die Ueberarbeit darf nur solange fort-dauern, als die allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeit es erfordert. Jeder ernsthafte Versuch, den Arbeitstag dauernd zu verlängern, müßte mit der ganzen Macht der Gewerkschaften abgelehnt werden.

Der Bundesauschuss hätte gewünscht, daß das Uebersehichtenabkommen demütigt worden wäre zu einer Verringerung der jetzigen Art der Kohlenverteilung. Mit der Verfügung über die Kohle können in erheblichem Maße weitere Preissteigerungen verhindert und Preisentzungen herbeigeführt werden. Es wäre Aufgabe der Regierung gewesen, mindestens die Uebersehichten-Rolle diesem Zwecke zuzuführen.

Der Bundesauschuss beschließt, diese Forderung noch jetzt zu erheben und verweist insbesondere auf die Möglichkeit, eine starke Verrückung des Wohnungsbaues und damit zugleich die dringend nötige Binderung der Wohnungsnot durch entsprechende Verwendung der Uebersehichtenrolle herbeizuführen.

Die jetzigen Monopole der Baukaffertzeuge müssen durchbrochen werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß den Syndikaten in der Zement-, Kalk- und Ziegelindustrie die Kohlenverteilung für ihre Produktion noch immer selbst in die Hand gegeben ist. Die Folgen sind die unerhörten Syndikatspreise aller Baustoffe. Es würde noch unerträglicher sein, wenn aus den jetzigen Uebersehichten der Bergarbeiter nur die Syndikate der Unternehmer wieder den Nutzen zögen.

Der Bundesvorstand wird deshalb beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Bergarbeiterverband und den anderen beteiligten Verbänden seine Bemühungen, daß die in den Uebersehichten erzeugten Kohlenmengen für eine verbilligte Herstellung von Baustoffen zum inländischen Wohnungsbau verwendet werden, mit allem Nachdruck fortzusetzen.“
- 2. Entschliessung zur Lage im Baugewerbe.**

„Die ungeheure Preissteigerung auf dem Bauplätze hat derartig katastrophale Folgen gezeitigt, daß eine völlige Stilllegung der Bautätigkeit beirächtigt werden muß. Schon in der letzten Zeit sind in verschiedenen Orten Wohnungsneubauten eingestellt worden. Zu allem Ueberflus hat der letzte Städtetag die Gemeinden noch aufgefordert, das Weiterbauen zu unterlassen.“

Gegen diese kurzfristige Wirtschaftspolitik erhebt der Bundesauschuss aufs schärfste Einspruch. Würde der Aufforderung des Städtetages Rechnung getragen, so bedeutete dies auf der einen Seite eine dauernde Verschlimmerung der heute schon unerträglichen Wohnungsnot, auf der andern Seite aber die bewußte Herbeiführung einer gewaltigen Arbeitslosigkeit und die völlige Zerrüttung unserer Volkswirtschaft.“

Das Baugewerbe ist ein Schlüsselgewerbe, von dem zahlreichere Baugewerbe einsehl. der Baustoffindustrie, des Baustofftransportes und der Bauausstattungs-gewerbe abhängig sind. Würde das Baugewerbe stillgelegt, so bedeutete das für den deutschen Arbeitsmarkt die völlige Katastrophe. Um dem zu entgegen, fordert der Bundesauschuss des A. D. G. B. sofortige Maßnahmen zur Fortführung der Bautätigkeit. Der Unterausschuss des Wohnungsausschusses des Reichstages hat dem Reichstage hierfür geeignete Vorschläge unterbreitet, deren schnellste Ueberführung in gesetzliche Maßnahmen dringend erforderlich ist.

Insbesondere fordert der Bundesauschuss die schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers, sowie Maßnahmen zur Verbilligung der Bauausführungen.“

Der Bundesauschuss beauftragt den Bundesvorstand, sofort bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, um den Baustoffwucher zu beseitigen und die Fortführung der Bautätigkeit zu gewährleisten.“

Erhöhung der Kohlenpreise?

SPD. Bochum, 1. Oktober.

Der Zechenverband hat den am Freitag im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch, der den Ruhrbergleuten eine Erhöhung der Löhne von 150 Mark pro Schicht zuspricht, am Sonntagabend abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte, weil die Zechenbesitzer in ihrer großen Mehrheit der Auffassung sind, daß die Forderungen der Bergarbeiter in Anbetracht der letzten Lohnerhöhungen unberechtigt sind. Es ist jedoch zu erwarten, daß das Reichsarbeitsministerium den Schiedspruch für verbindlich erklärt, sobald dann der Arbeitgeberseite die Verantwortung für eventuelle Folgen zu überlassen ist. Da kaum anzunehmen ist, daß die Zechenbesitzer sich einer Verbindlichkeitsklärung widersetzen werden, muß mit neuen Erhöhungen des Kohlenpreises gerechnet werden.

Immer wieder die Kriegsschuld.

SPD. Ueber die Frage, wer die Schuld am Kriege trägt, ist schon sehr viel geschrieben und geredet worden, ohne daß eine endgültige Entscheidung gefallen ist. Nach dem Versailles-Friedensvertrag trägt Deutschland die Meinschuld am Kriege, und die unter dem Zwang der Bajonette erpresste deutsche Unterschrift unter dieses Schuldbestimmnis dient den Ententestaaten dazu, ihre Unschuld zu „beweisen“. Vorher schon, während des Krieges, bemühten sich die verschiedensten Regierungen, durch alle möglichen Buntbücher, die Entstehung des Krieges attemmäßig darzustellen. Buntbücher sind aber nicht dazu da, um die Wahrheit zu sagen, sondern um die Unschuld des betreffenden Staates zu bekunden. Zu diesem Zweck werden sie fälscht und gefälscht. Der ehemalige deutsche Gesandte in Bern, Frhr. v. Romberg, hat soeben eine Broschüre unter dem Titel: „Die Fälschungen des russischen Orangebuches“ herausgegeben. Durch die Einfügung der in bestimmter Absicht aus dem Orangebuch herausgelassenen Stellen in einzelnen Depeschen und die Einschaltung der unterdrückten Depeschen geht klar hervor, daß — was die ganze Welt weiß — Deutschland zumindest nicht der Meinschuldige am Kriege ist. Der russische Geschäftsträger in Paris sagt in einem Telegramm vom 21. Juli 1914: „Deutschland wünscht heiß die Lokalisierung des Konfliktes, da die Einmischung einer anderen Macht auf Grund der bestehenden Verträge unabweisbare Folgen nach sich ziehen müßte.“ In einem anderen Telegramm vom 26. Juli sagt er: „Man neige zu der Ansicht, Deutschland und Oesterreich wählten einen „glänzenden diplomatischen Sieg“, aber „nicht auf alle Fälle den Krieg“. In einem Telegramm vom 27. Juli sagt der russische Minister des Aeußern dem Botschafter in Paris, daß Rußland jeden möglichen Einfluß in Petersburg von vornherein abweisen muß. Ueber die Haltung der französischen Regierung sagt der russische Botschafter in einem Telegramm vom 31. Juli, „daß die Regierung zum Kriege fest entschlossen sei“ und daß alle Anstrengungen gegen Deutschland gerichtet sein werden. Endlich wird durch eine Reihe anderer Telegramme gezeigt, wie ängstlich Frankreich, das sich ganz Rußland verschrieben hatte, darauf bedacht war, die Mobilisierung seiner Armee nicht vor der deutschen Mobilisierung zu proklamieren, um Deutschland als den Angreifer hinzustellen.

Diese Veröffentlichungen beweisen zwar nicht Deutschlands Unschuld, aber sie zeigen an Hand von Ausprüchen fremder Diplomaten, daß Deutschland ehrlich bemüht war, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, daß von Seiten Englands und Frankreichs jeder mögliche Einfluß auf Petersburg ausblieb, daß sich Petersburg diese selbst verbat, daß Frankreich zum Kriege entschlossen war, ehe Deutschland Schritte dazu unternommen hatte und daß endlich Frankreich alles tat, um Deutschland als den Angreifer hinzustellen, damit es sich der Unterstützung Englands verschlere.

Russische Diplomatenrevision.

Moskau, 30. September.

Die Sowjetregierung hat beschlossen, einen Sonderauschuss ins Ausland zu entsenden, um eine Revision sämtlicher im Ausland bestehender Organe der Sowjetregierung durchzuführen und die Maßnahmen in ihrer Organisation und Tätigkeit zu befestigen. Dem Ausschuss sollen als Vorsitzender der stellvertretende Volkskommissar für Staatskontrolle, Amanjew und als Mitglieder Redwanow und Jaroslawski, ein leitendes Mitglied des Zentralkomitees der RKP, angehören. Die Maßnahme wird damit begründet, daß die Auslandsvertretungen, namentlich die verschiedenen technischen und wissenschaftlichen Bureaus, zum Teil planlos entstanden sind und das Streben verschiedener Wirtschaftsorgane nach direkten Beziehungen zu ausländischen Geschäftsträgern einen Kollapsismus in der Tätigkeit der Auslandsorgane zur Folge hat.

Betriebsräte in Rußland.

Sie haben nichts zu sagen.

Nach den Feststellungen des Herrn Krasin und der „Rote Fahne“, die wir im „Kollaboranten“ veröffentlicht haben, bildet der

Staatkapitalismus die einzige Säule, auf der das bolschewistische System alle seine Hoffnungen baut. Der Staatkapitalismus der Sowjetregierung ist gegenwärtig der Ausdruck des unverfälschten „Kommunismus“. Es ist daher sehr lehrreich, zu erfahren, wie der bolschewistische Staatkapitalismus seine Arbeiter behandelt.

In der Sitzung des Obersten Wirtschaftsrates am 4. September wurde eine Instruktion für den Abschluß von Tarifverträgen mit den Arbeitern bestätigt. Diese Instruktion gilt für alle staatlichen Betriebe, d. h. faktisch für die ganze so oder so arbeitende Großindustrie Sowjetrußlands. In der Instruktion wird der Frage der Einstellung und Entlassung von Arbeitern besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei wird von dem Obersten Volkswirtschaftsrat mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß die Klausel: „Einstellung und Entlassung von Arbeitern darf nur mit Wissen des Arbeiterrates geschehen“ keinesfalls so gedeutet werden darf, daß darunter das Einverständnis des Arbeiterrates notwendig sei. Diese Klausel darf nach der Anordnung des Obersten Volkswirtschaftsrates in der Instruktion vom 4. Sept. aber keine andere Bedeutung haben, als daß der Arbeiterrat über die Einstellung und Entlassung nur in Kenntnis zu setzen sei.

Besonders interessant ist ferner die Bestimmung, daß in den abzuschließenden Tarifverträgen vereinbart werden muß, daß die Verantwortung für die Führung und Leitung des Unternehmens die von dem Volkswirtschaftsrat eingesetzte Leitung allein trägt, und daß die Arbeiterräte kein Recht haben, sich einzumischen.

Aber das pikanteste dieser Instruktion ist wohl der Umstand, daß sie, wie die „Ökonomischaja Schisn“ ausdrücklich hervorhebt, mit dem Zentralrat der sogenannten Gewerkschaften vereinbart worden ist.

Vielleicht gibt die „Rote Fahne“ zu dieser Instruktion eine ihrer so stichhaltigen und wortreichen Begründungen?

Für die einige Internationale.

SPD. Der bisherige Chefredakteur der „Freiheit“, Genosse Dittmann, veröffentlicht in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ einen Artikel: „Weltkapital und Weltproletariat“. Dittmann fordert zum Schluß seines Artikels zur Vereinigung der sozialistischen Internationalen auf. Er schreibt unter anderem:

„Wie der Kapitalismus immer mehr zu einer einheitlichen Weltwirtschaftsmacht zusammenwächst und das ganze Wirtschaftsleben der Völker bestimmt, so muß auch das Proletariat sich zur internationalen Gegenwehr und schließlich Ueberwindung des Kapitalismus zusammenschließen. Die sich herausbildende einheitliche kapitalistische Weltwirtschaft schafft ein einheitliches festes Fundament für die internationale Klassenkampforganisation des Proletariats. Die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte in internationalen Rahmen wird zur gebieterischen Notwendigkeit. Die Völker und Völkchen des Proletariats in England, in Frankreich, in Deutschland und den übrigen Ländern der Welt, sie alle haben eine und dieselbe Grundursache: den Weltkapitalismus! Daher liegt es im ureigensten Interesse der Proletarier aller Länder, sofortigt das Beispiel der deutschen sozialistischen Proletarier auf die Internationale zu übertragen und zu schaffen die sozialistische Internationale der Tat zur Ueberwindung des Weltkapitalismus.“

Heimstättenentag.

Am 27. September wurde in Karlsruhe der Erste Reichshausbaukongress eröffnet. Dr. Damaschke, der Vorsitzende des Bundes der deutschen Bodenreformer, schilderte die geschichtliche Entstehung des Heimstättengebauens. Im Jahre 1916 beschloß der Reichstag, Kriegsheimstätten zu errichten. Dieser Beschluß wurde aber nicht durchgeführt. Erst die deutsche Nationalversammlung schaffte in der Verfassung die Bestimmungen, denen das Reichsheimstättengesetz und das Reichsheimstätten-Gesetz ihre Entstehung zu verdanken haben. Jetzt gelte es, die Reichsheimstätten praktisch durchzuführen und unter einer guten Wohnung zu schaffen. — Geheimrat Dr. Ermann-Winter sprach über die Reichstrategie der Heimstätten. Der Begriff der Reichsheimstätte darf nur für Grundstücke gebraucht werden, bei denen der Name „Reichsheimstätte“ im Grundbuch eingetragen ist. Eine Reichsheimstätte ist nicht zu Spekulationszwecken veräußert, sie geht an den Verkäufer (Staat oder Gemeinde) zurück und hat den Zweck, dem Besitzer eine dauernde Wohnung zu sichern.

Am zweiten Tage sprach Geheimrat Falkenberg über Gewerkschaft und Heimstätten und forderte die einheitliche Front der Arbeiter und Beamten auf diesem neutralen Boden. Er hob die soziale Bedeutung der Bauhütten und der

sozialen Baubetriebe hervor, die preisregulierend wirken. — Bürgermeister Schneider-Karlruhe sprach über die Bedeutung der Siedlungsbewegung für die Gemeinden. Die Heimstättenpraktik zu verwirklichen gebe es drei Möglichkeiten: entweder nimmt die Gemeinde es selbst in die Hand, oder Treuhänder werden damit beauftragt, oder man bildet Heimstätten-Gesellschaften. — Am Nachmittag sprach als erster Landespräsident Genosse Neuz und führte aus, daß dem Grundbesitz seit 1920 20 000 Morgen Land genommen wurden, um Heimstätten und Siedlungen darauf zu gründen. Er befürwortete, das Heimstättenland in Pacht zu geben, und zwar in Form von Naturalpacht, damit die Geldschwankungen unberücksichtigt bleiben können. — Regierungsrat Dr. Kusch-Dresden teilt mit, daß in Sachsen von 14 000 Wohnungen 3000 als Siedlung durchgeführt seien und daß 500 Heimstätten bestehen. — Nach kurzer Aussprache wurde die Tagung geschlossen.

Mar Hölz.

Mar Hölz, der bekanntlich aus dem Zuchthaus Münster nach Breslau zu weiteren Verbüßung seiner Strafe überführt wurde, ist am Sonnabend abermals in den Hungerstreik getreten. Es scheint, daß Hölz die Forderung seiner russischen Freunde durch die verlässige Verweigerung der Mahlzeiten unterstützen will. Wir glauben nicht, daß ihm das gelingt; denn der Hölz, der schon so oft in den Hungerstreik trat, bald aber wieder Nahrung zu sich nahm, wird auch diesmal nach gegebener Zeit die ihm überreichten Speisen nicht mehr verschmähen.

Die „Rote Fahne“ glaubt die Meldung von der neuesten Hungerstreikaktion ihres Hölz mit folgender Drohung versehen zu müssen: „Es gilt, die SPD. zu zwingen, den Austausch gegen Timoffjew durchzuführen.“ Diese Drohung wird ihre beabsichtigte Wirkung genau so verfehlen wie alle anderen Phrasen der kommunistischen Parteizentrale. Zum Zwang gehört mehr als das Gewinzel politischer Rindsköpfe!

Der Arbeitsmarkt.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich hat zu Ende August 1922 mit 11 960, darunter 8191 männlichen und 3769 weiblichen ihren Tiefpunkt erreicht. Dasselbe gilt von der Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen der Vollerwerbslosen), die zu Ende August 14 367 betrug. Gegenüber den ebenfalls schon sehr niedrigen Ziffern der vorangehenden Monate konnte der Rückgang natürlich nur noch gering sein. Zu beachten bleibt, daß nur ein Teil der Erwerbslosen in Deutschland Unterstützung empfangt, daß also die wirkliche Zahl der Erwerbslosen nicht unwesentlich höher angenommen werden muß. Die seit einiger Zeit erwartete Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist im September tatsächlich eingetreten. Nach den Berichten der Landesarbeitsämter ist in den meisten Teilen des Reiches eine Verminderung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Allerdings kommt sie in den mächtig wachsenden Erwerbslosenziffern nicht voll zum Ausdruck, da bekanntlich vor Entlassungen im Regelfall Arbeitsfreudigkeit Platz greift und außerdem die Erwerbslosenunterstützung erst nach Ablauf einer einwöchigen Wartezeit gewährt wird. Die ungünstigere Entwicklung des Arbeitsmarktes wird durch die Jahreszeit nur zum Teil begründet. Stärker ist der Einfluß der wirtschaftlichen Störungen zu bewerten, die infolge der schwankenden Naturverhältnisse und der Kohlenlieferungen aus dem Friedensverträge zu verzeichnen sind.

Kleine politische Nachrichten.

Gemäß den Beschlüssen des Reichsrates vom 27. Juli d. J. sind die Prägungen zunächst von Dreimarkstücken in vollem Gange. Da sämtliche Münzstätten vorwiegend mit der Ausprägung dieser Münzgattung beschäftigt sind, werden große Mengen alsbald dem Verkehr zugeleitet werden können. Auch die Herstellung von Münzen über höhere Nennwerte steht bevor. Mit Rücksicht auf die Preissteigerung des Metalls, die Erhöhung der Arbeitslöhne sowie mit Rücksicht darauf, daß der Verkehr diese Münzen angesichts der gesunkenen Kaufkraft nicht mehr in dem Umfang wie bisher benötigt, ist die Einstellung der Ausprägung von Münzen mit geringerem Nennwert seit langem beschlossene Sache.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Fritz Zidler.

22. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Wieder ein Tag mit der Frage, wie er zu verbringen sei. Hans schlenderte zwischen den Ständen des Hochmarktes umher und ließ sich mehr als einen Appetit anregen, ohne dabei verheißend zu können als das Wasser, das ihm darüber im Munde zusammenlief. Dabei mußte er an Tyl Calenspiegel denken, von dessen lustigen Streichen er tags zuvor gelesen hatte. Wenn Tyl kein Geld hatte, so hatte er eine Idee, sich das Geld zu verschaffen, und das war beim nach besten, jedenfalls viel lustiger, als bloß Geld zu besitzen. Hans dachte jetzt daran, nach einer Idee ab, immer vorzueifeln, je größer der Hunger wurde. Zuletzt gab er es auf. Es waren eben keine Zeiten mehr für Ideen; wenn man heutzutage etwas anstellt, laufen die Leute nicht mehr, sondern schnappen und man steigt ins Loch. Hans wandte den Ständen des Hochmarktes den Rücken und stellte sich vor das Schaufenster einer Zeitung, um die ausliegenden Artikel zu lesen. Dabei fiel ihm wieder die Geschichte ein, die er im Bahnhofs geschriebenen hatte und er zog sie heraus und las sie noch einmal. Sie ist gedrungen, dachte er, und konnte auch in der Zeitung stehen. Haha! dachte er weiter, das ist die Idee... Sie wird zwar nicht einbringen, aber der Bericht in dem Zeitungshaus hinein und frage sie zur Redaktion. Ein wenig dachte ihm das Herz dabei, doch drückte er die Schritte hemmte und sah einen Mann mit einem Brillen, der ihm durch Brillengläser ungenügend anblinzelte.

„Was wünschen Sie, junger Mann?“
 „Ich habe da etwas geschrieben, aus Sonntagszeitung, losgelassen aus Spock. Ich bin auf der Wanderbahn und gehen haben wir für den herbergelassenen Hölz ausgearbeitet, dabei erlebten wir etwas, was mir so gefiel, daß ich es ausgeschrieben habe. Wie gefällt es und ist denn... Sie können es lesen.“
 Der Redakteur las aufmerksam das Manuskript. Dann meinte er: „Es ist nicht ganz witzig, aber frisch und eigenartig geschrieben. Ich will es nehmen.“
 Hans lächelte ihn voller Freude an.
 „Es ist das erste, was Sie geschrieben haben?“
 Hans nickte nach. „Ja...“
 Der Mann mit dem Brillen lächelte. „Gut, was? Sie schreiben, bei nach Hause...“ Hans schaute den Kopf schüttelnd nach unten.

„Nein, aber ich kenne welche auswendig.“
 „Sagen Sie auf, was Ihnen einfällt.“ Hans dachte eine Weile nach, dann begann er:

„Das frühe Licht entzündet an den Dächern,
 Drin lag der Wind in bitterer Kühle küngt.
 Grau ist der Arbeit Fahne ausgehängt.
 Auf, Leute, auf; ihr dürft euch nicht verspäten!“

Die Pfeife pfeift in blaue wirre Träume,
 Verlorene Nacht, wie bist du tot und schwer.
 Wie ist das Leuchtwa klarig vor uns her.
 Wir sind noch ärmer als am Reg die Bäume.

Die können ruhig auf die Sonne warten,
 Und drückt die Not an unre Sorgenband,
 Das Eisen glüht. Wir sind an ihm so krank.
 Und draußen ist die Welt ein jähner Garten.

War das nun so vom ersten Anbeginn?
 Will das auch so in alle Tage sein?
 Wir wären kaum. Doch unter Herz sagt nein.
 Lohnt uns mit Eisen auf Erlösung können!“

„Sagen Sie sich dort hinüber und schreiben Sie mit das Gedicht auf.“

„Eine halbe Stunde später klingelte Hans wieder über den Hochmarkt, diesmal mit fünf Leuten in der Hand. Jetzt hätte er sich laufen können, was ihm Spaß gemacht hätte, doch er sah über alle Dinge hinweg, die ihm eben noch so begehrenswert erschienen waren. Mehr noch als das Geld freute ihn, moß er es bekommen hatte; daß er sich eine Geschichte ausgedacht hatte! Seine Gedankenkreise wurden erweitert, galtigen klingenden Gesang, waren wert, auf Papier gebracht und den Lesenden von Menschen gelesen zu werden. Das war eine gute Idee gewesen, daß eine halbe, die sollte ihm Tyl Calenspiegel erst einmal nachgeben!“

XXXV.
 Ein glückliches Gefühl überman Hans beim Anblick seiner Arbeiter in der Zeitung. Dehnter lächelte eine unsichtbare Vergangenheit, eine Frage, die er sich selbst stellte: ist das schon etwas, was eine weitere Beherrschung für mich? Scharf wäre es, einen Kampf zu geben, noch dazu einen, der keine Vergnügen bereitet. Dann sprach er wieder an sich selbst. Gelegentlich einmal etwas schreiben, das sich lesen lassen konnte, war vielleicht etwas gegeben. Und ein kleines Stückchen mal ein Korn.

Wollte er aber ernsthaft ein Schriftsteller werden, so würden sich bald die Mängel seiner Bildung offenbaren; die meisten der Leute, denen er dabei die Stange halten mußte, hatten studiert und ein enormes und zuverlässiges Wissen aufgespeichert, von dem sie nie im Stich gelassen wurden. Ach was, dachte er zuletzt, eine Hoffnung bleibt es jedenfalls. Sein Leben war um eine Möglichkeit reicher geworden, Grund genug, sich zu freuen. Das Herumlängern in den Straßen hatte er fast, er wag ab, ob er Arbeit annehmen oder weiterwandern sollte und entschied sich für das letztere. Noch waren die Tage hell und freundlich wenn der Frost kam, hatte es eher Sinn, für Unterschlupf zu sorgen.

Es wurde aber nichts aus der Landstrafe. In dem gleichen Arbeiterblatt, das seine Arbeiten abdruckte, fand Hans die Unabhängigkeit einer Versammlung, deren Thema ihn interessierte. Ein Gewerkschaftsführer sollte über „Den wandernden Arbeiter einst und jetzt“ sprechen. Hans verschob seine Absicht auf den nächsten Morgen und fand sich zur festgesetzten Stunde im Bahnhof ein. Die Versammlung war von einigen hundert Arbeitern besetzt. Der Redner machte auf Hans einen guten Eindruck; er hatte ein schmales und kluges Gesicht, eine etwas matte, aber eindringliche Stimme und sichere, beherrschte Gesten. In einer Rede zeichnete er zuerst das Bild des reisenden Handarbeiters vor der Industriegesellschaft, der den Sackungen der Zukunft gemäß zwischen der Lehr- und Gelehrtenzeit ein Wanderjahr einfügte, um sich in seinem Handwerk zu vervollkommen. Diese wandernden Junggefallen glichen nicht den Proletariern von heute, auch den gelerntem nicht, sondern waren Leute von Stand und eigenen Würden, wohl gebildet und geistig. Heute sind es die Scharen der Arbeitslosen, die Opfer der Niederkonjunkturkrise, die das Gros der Landfahrer stellen, nur ein Rest der alten Sitten und Gebräuche zeugt von dem, was einmal war. Die uralte Schicht des wandernden Proletariats stellt das Bagabundenhum dar, das die Landstrafe zur endgültigen Heimat gemacht ist, ruhelose Geister, die der Hunger von Ort zu Ort treibt, denen die Landgendarme aufauern, um sie den Arbeitsherrn auszulieferen. Das Elend der Landstrafe ist ein Teil des Elends der Arbeitslosen überhaupt; die Stunde, die der „Dagung“ der Ausbeutung ein Ende bereitet, wird auch dem wandernden Arbeiter, wenn die Stunde der Erlösung von ihrer erzeugten Wanderhaft bedeuten!

In der Aussprache meldete sich auch Hans zum Wort. „Liebe Kollegen!“ begann er — da sah er plötzlich Hunderte auf ihn gerichteter Augen und hatte alles vergessen, was er sagen wollte. Eine kurze Pause entstand. Dann gab sich Hans einen Ruck.

Partei und Gewerkschaft.

Das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt die Wiedererhebung einer einzigen deutschen Sozialdemokratie mit folgenden Worten:

Die Tage des Bruderkampfes gehören der Vergangenheit an. Mögen sie ihr für immer angehören. Viel zu ernst sind die Zeiten und viel zu groß die Aufgaben, die die deutschen Arbeiter zu lösen haben, als daß sie ihre Zeit mit dem Kampf untereinander, anstatt mit dem Gegner ausfüllen dürften. Viel zu lange hat dieser Kampf schon gedauert und viel zu viel, was hätte getan werden können, ist ungetan geblieben. Daß die Reaktion sich wieder so breit machen konnte, daß der Kapitalismus die Ausbeutung schamloser als je betreibt, dem Bruderkampf der Arbeiter ist es geschuldet. Die beiden sozialdemokratischen Arbeiterparteien haben sich wieder zusammengeschlossen. Wir freuen uns dessen und begrüßen die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands als die Organisation, die dazu berufen ist, die deutschen Arbeiter auf politischem Gebiet zusammenzuführen, damit sie ihrer geschichtlichen Aufgabe gerecht werden und Unterdrückung und Ausbeutung aus der Welt schaffen können.

Möge die Partei ihr großes Ziel nie aus dem Auge verlieren, möge sie sich aber auch stets der Möglichkeiten, wie es erreicht werden kann, bewußt sein. Begeisterung für ihre gewaltige Aufgabe mit klarem Blick für die Schwierigkeiten zu vereinen, möge ihr gelingen.

Diese herzlichste Begrüßung der Einigung ermutigt zu der Hoffnung, daß nun auch in das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ein neuer frischer Zug hineinkommen wird. Es ist die Aufgabe der Partei, die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Politik zu fördern, in der Parteipresse die Kämpfe der Gewerkschaften zu unterstützen und ihnen nach Kräften jede Zersplitterung fernzuhalten. Um diese große Aufgabe erfüllen zu können, dazu bedarf die Partei auch der tätigen Mitwirkung der Gewerkschaften. Möge sich so, im Sinn einer zweckmäßigen Arbeitsteilung, das Wort erfüllen: „Partei und Gewerkschaft sind eins!“

Für die Sozialisierung der Baustoffindustrie.

Die Verhältnisse am Baustoffmarkt haben zu Erscheinungen geführt, die selbst den jeder Zwangswirtschaft abholden bürgerlichen Politikern zu denken geben. Im „Berliner Tageblatt“ führt ein Direktor einer Berliner Bauunternehmung, Hr. Klein, aus, daß binnen weniger Wochen, in einer Zeit, wo die Löhne sich verdoppelt haben, die Baustoffpreise durchschnittlich auf das Vierfache gestiegen sind. Damit ist durch die Worte eines bürgerlichen Sachmannes die Fabel von den „hohen“ Löhnen, die an der Verteuerung des Bauens Schuld sein sollen, wohl endgültig erledigt. Wie aber die Entwicklung am Baustoffmarkt, die ausschließlich durch die Gewalt der Kartelle bestimmt wird, auf die Bautätigkeit zurückwirken muß, liegt auf der Hand. Sie untergräbt den Neubau von Wohnungen und bedarf daher schärfster Bekämpfung. Die Erhöhung der Baustoffpreise auf das Zehnfache ist angesichts der Verteuerung der Baustoffe, die seit 1913 auf den höchsten Preis gestiegen sind, unzureichend. Wörtlich schreibt Herr Klein:

Wenn die staatlichen und behördlichen Stellen sich nicht dazu verstehen können, Hand zum mindesten auf die Bodenschätze zu legen, die für die Errichtung von Siedlungsbauten erforderlich sind, und deren Preise damit auf einen dem Inlandswert der Markt entsprechenden Stand zu bringen, so erscheint die Hergabe auch nur eines einzigen weiteren Pfennigs für die Fortführung der Siedlungstätigkeit als eine Unsinnglichkeit.

Wohlgemerkt, die Sozialisierung der Baustoffindustrie zum allermindesten in dem Teile, der den Bedarf der öffentlichen Hand deckt. Diese Forderung wurde von unseren Genossen wiederholt erhoben; in der Tat ist die Verbilligung des Bauens unumgänglich, wenn erhebliche Teile der öffentlichen Zuschüsse als Gewinne der Baustoffinteressen zuzuführen. Die Feststellung des bürgerlichen Baustoffindustriellen wird hoffentlich dazu beitragen, den Widerstand gegen die Sozialisierung der Baustoffindustrie zu befeitigen.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hat dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichskohlenrat und dem Reichskohlenkommissionar einen Vorschlag unterbreitet, der die in Ueberflutungen geförderten Kohlen gemeinwirtschaftlich nutzbar machen soll. Um das Preisniveau des Zementmarktes zu durchbrechen, soll ein Teil des diesem bisher gelieferten Kohlenkontingents dem Verband sozialer Baubetriebe bzw. dem Reichsverband deutscher Bauproduktionsgenossenschaften überwiesen werden, die die Zementproduktion wirtschaftlicher gestalten, die Erzeugung vermehren und die Preise verbilligen helfen wollen.

Eine echt völkische Leistung.

„Die Geburt des Hasses“ betitelt sich ein Buch, das der Hauptmann a. D. Wenß unter dem Pseudonym „Hort Halling“ Joeben veröffentlicht. Das Niveau des Buches ist ein noch tieferes als das der Erzeugnisse sonstiger nationalistischer Schmierantenn. Nach einem wütenden Ausfall gegen die Franzosen, die „die Ausheladenste Nation der Welt“ genannt werden, heißt es:

„Da unsere Regierung, die wir Deutsche nicht anerkennen, da sie lediglich von der Hege unserer Einwohnerlichkeit gebilligt und gehalten wird, aus Eigennutz und jüdischer Feigheit sich weigert, der Wahrheit über Kriegsausbruch, Kriegführung, Feindbundlügen, Gefangenbehandlung und vieles andere die Ehre zu geben, so liegt die Notwendigkeit vor, über die Köpfe unserer jammervollen, ehrlosen Volksführer hinweg die Wahrheit in die Welt zu schreiben.“

„Eine jämmerliche, schlappe, unfähige Regierung, vor euch (den französischen „Hunden“) kriechende Regierung sollen wir haben, eine Regierung, wie sie der Undeutsche und Römische Reich, ein Feigling ausgemachter Sorte, (genau so gedruckt!) uns bekaumen läßt. Aber beim ewigen Gott, ich sage euch, wahrlich, diese Spezies von undeutschen Jammerrichtern, gemischt aus Juden, Baptisten und vaterlandslosen Pumpen, wird das sich bestimrende deutsche Volk mit der Krux in den Schlamm zurücktreiben, wohin sie gehören, und woher sie auch gekommen sind! Zunächst Krieg dieser Regierung, das ist unsere Lösung!“

Im weiteren Verlauf ist von dem „Jammerlappen“ Wirth, von Rathenau, der wie „eine Kette war und sich richtig jüdisch einquämeren mußte“ usw. die Rede. Gegen eine solche Art deutschnationalen und deutschvölkischen Schmierantennens zu polemisieren, heiße dem Nachwerk zu viel Ehre antun.

Ein Vorschlag der Bergarbeiter.

Gemeinwirtschaftliche Nutzung der Ueberschichten!

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hat nach der „Bergarbeiter-Zeitung“ an den Reichswirtschaftsminister, den Reichskohlenkommissionar und den Reichskohlenrat eine Eingabe gerichtet, die darauf hinausläuft, die Ueberschichten im Bergbau gemeinwirtschaftlich nutzbar zu machen. Er fordert, daß die Arbeiter durch zweckmäßige Verwendung der Ueberschichtenkohle das Bewußtsein erhalten, mit dieser Mehrleistung nicht in erster Linie den privatwirtschaftlichen

Wirtschaftsgefahren.

Wachsende Teuerung und drohende Arbeitslosigkeit.

Von Monat zu Monat verschlechtert sich die Wirtschaftslage Deutschlands. Zu der rapiden Marktentwertung, die die Hauptursache der Preissteigerungen ist, droht jetzt die Produktionsstörung hinzuzutreten. Denn das in ungeheurem Umfang verwaßerte Betriebskapital reicht zur Aufrechterhaltung der Produktion nicht mehr aus, der Inlandsabzug stößt unter der mangelnden Kaufkraft der Bevölkerung, während die Konkurrenz des Auslandes auf dem Weltmarkt immer größer wird.

Die außenpolitische Lage Deutschlands hat sich zwar durch den Abschluß des deutsch-belgischen Abkommens entspannt. Die damit erwartete wirtschaftliche Erleichterung ist aber nicht eingetreten. Die Mark ist nur wenig gestiegen, und in den allerletzten Tagen sogar wieder erheblich gesunken. Das ist ein deutlicher Beweis, daß die rein politischen, insbesondere die außenpolitischen Verhältnisse nicht allein ausschlaggebend sind für die Bewertung der Mark.

Die Hauptursachen des Marksturzes liegen in unserer Wirtschaft. Gewiß sind an dem letzten Sturz der Mark die Spekulation und vielleicht sogar auch die Banken — durch Kreditgewährung an die Spekulanten — beteiligt. Aber trotzdem dürfen wir die Macht der Spekulation nicht überschätzen. Sie kann zwar eine Tendenz verstärken, aber nicht das Gegenteil der natürlichen Wirtschaftsentwicklung hervorrufen. Der Stand unserer Valuta ist vielmehr abhängig vom Stande der Zahlungsbilanz — das ist die Summe unserer geldlichen Verpflichtungen und Ansprüche an das Ausland — sowie von dem inneren Geldwert. Die Zahlungsbilanz aber wird vor allem bestimmt durch die Handelsbilanz, dem Verhältnis unserer Ein- und Ausfuhr.

Diese Handelsbilanz hat sich nun in den letzten Monaten wesentlich verschlechtert. Unsere Einfuhr ist größer als die Ausfuhr. Im ersten Halbjahr 1922 ist ein Einfuhrüberschuß von mehr als 12 Milliarden Mark vorhanden. Das ist vor allem die Folge unserer verminderten Kohlenproduktion, der unregelmäßigen Zuderausfuhr und der erheblichen Einfuhr von Luxuswaren. Um die Handelsbilanz aktiv zu gestalten, haben die Gewerkschaften das Verbot oder mindestens die Beschränkung der Einfuhr von nicht lebensnotwendigen Waren verlangt. Die Durchführung dieser Forderung, z. B. beim Tabak, begegnet aber sowohl dem Widerstand der beteiligten Gewerbe, als auch dem Widerstand der bürgerlichen Parteien. Das Sonderinteresse liegt wieder einmal über das allgemeine Interesse.

Gelingt es aber nicht auf dem Wege der Besserung unserer Handelsbilanz eine Erleichterung auf dem Devisenmarkt herbeizuführen und die weitere Marktentwertung zu verhindern, so haben wir mit einem weiteren Anwachsen der Teuerung zu rechnen. Jede drohende Marktentwertung veranlaßt die Erzeuger zu vorrätiger Kalkulation und vorrätiger Abwälzung der in Aussicht stehenden Lasten auf die Verbraucher. Das geschieht jetzt um so mehr, als die Erhöhung der Kohlenpreise, der Verschärfung usw., sowie die notwendigen Lohnsteigerungen die Produktion weiter verteuern werden. Ein starker Anreiz zu neuen Erhöhungen ist auch in der am 15. Oktober eintretenden gewaltigen Brotpreissteigerung enthalten. Diese Steigerung ist die Folge des Steigens der Preise für das ausländische Getreide. Würde nun die von den Agrarern verlangte Preisreduzierung für das Inlandsgetreide hinzutreten, so wäre ein noch stärkerer Anstieg der Preise aller Waren unvermeidlich. Aber schon jetzt wird es für die Lohn- und Gehaltsempfänger immer schwieriger, ihre Löhne den Preissteigerungen anzupassen. Völlig unmöglich ist diese Anpassung den Erwerbsunfähigen und Erwerbsbeschränkten, die so gewaltig dem Hungertode ausgeliefert werden.

Interessen der Bergwerksbesitzer, sondern vielmehr der Gemeinwirtschaft zu dienen. Der einzige, vorläufig gangbare Weg dazu ist, die Kohle den Konsumenten als Lausmittel in die Hand zu geben, um übermäßige Preisforderungen von Produzentenpartien entgegenzutreten zu können. Das ist z. B. in der Zementindustrie der Fall. Daher sollte das bisher dem Zementverband zur Verfügung gestellte Kohlenkontingent verkleinert und dafür ein Teil der Kohle dem Verband sozialer Baubetriebe bzw. dem Reichsverband deutscher Bauproduktionsgenossenschaften überwiesen werden oder, wenn es die allgemeine Kohlenlage irgend gestattet, ein Teil der Mehrförderung, etwa 1,2 Millionen Tonnen im Jahr, außerhalb des Kontingents dem Verband sozialer Baubetriebe überwiesen werden. Dieser gemeinnützige Verband soll dadurch in die Lage kommen, die Zementproduktion rationeller zu gestalten, die Menge der Erzeugung zu vermehren und den Preis zu verbilligen, ohne daß dabei irgendwelche nachteilige Wirkungen der Volkswirtschaft erwachsen.

Angesichts der ungeheuerlich verteuerten Baustoffe verdient dieser Vorschlag der Bergarbeiter allgemeine Beachtung und Förderung.

Aus einer kleinen Garnison.

Eine Reichswehrsoldatenerzählung.

Die „Rote Fahne“ brachte kürzlich Mitteilungen über die Meuterei von Reichswehrsoldaten in Löben, die im wesentlichen bestätigt wurden. Jetzt macht sie neue Mitteilungen über die Behandlung von 74 Soldaten, die sich nach im Gefängnis von Lgd befinden. 56 Mann sollen in einer Zelle mit nur 99 Kubikmeter Rauminhalt untergebracht sein. Sie müssen dort ihre Bedürfnisse verrichten, essen und schlafen. Für drei Gefangene stehen zwei Strohhäcke und für jeden Gefangenen nur eine Decke zur Verfügung. Eine zerknüllte Mütze vier Mann aus einer Waschlappen eilen. Anderen Soldaten wurde das Essen in Spucken gereicht. Ein Soldat soll irrsinnig geworden, aber nicht von seinen Kameraden getrennt worden sein. Eines Tages wurde im Gefängnis eine vaterländische Feier veranstaltet, zu der General Lohmann kam. Dieser General verließ dem Kapellmeister das Abzeichen des „Verbandes nationalgefühltener Soldaten“. Ueber den bevorstehenden Prozeß gegen die Meuterer wird gesagt, daß er heimlich im Hofstall des Gefängnisses stattfinden soll. Der Führer des Bataillons hat drei Rechtsanwältinnen zur Verteidigung befohlen, die von jedem Angeklagten 1000 Mark pro Tag fordern. Den Gefangenen wurde im voraus die Summe von 750 Mark Gerichtsosten abgezogen.

Somit die „Rote Fahne“. Da die Gefangenen den bürgerlichen Gerichten übergeben wurden, ist in diesem Fall der Antritt des Bataillons auf die Reichswehr unbegründet. Umso mehr hat eher das preussische Justizministerium alle Veranlassung, schleunigst Aufklärung zu schaffen. Am Freitag Abend war eine Bestätigung der Meldung nicht zu erhalten. Das Justizministerium hat vor der zuständigen Gefängnisverwaltung telegraphisch Bericht eingefordert.

Ein Geld aus der Ferne.

Kommunistische Großprojekte.

Gegen den aus dem mitteldeutschen Aufstand bekannten Kommunistenführer Eberlein ist bekanntlich ein Verbot erlassen worden, Eberlein hat sich inzwischen nach Moskau begeben. Von dort hat er an seinen Verteidiger Kurt Rosenfeld einen Brief gerichtet, in dem er ihm mitteilt, daß er jede Am-

Neben diesen sozialen Wirkungen sind aber auch bereits die wirtschaftlichen Folgen des Marksturzes und der Preissteigerungen deutlicher sichtbar. Der rasche Niedergang der Mark hatte die Kaufkraft im Innern stark angezogen. Sie ebte mit dem Anziehen des Markturzes rasch wieder ab und führte zu einem Stillstand der Kaufkraft, der sich andererseits ja auch durch die mangelnde Kaufkraft der großen Masse der Festbesoldeten ergeben mußte. Eine Produktionsstörung scheint deshalb unausbleiblich zu sein, wenn nicht eine neue noch größere Marktentwertung die Konjunktur wie vor einigen Monaten vor dem Umschlag bewahrt, dafür aber die Preise um so stärker steigert. Aber wie damals die Krise auch nur aufgehoben, ihre Ursache aber nicht beseitigt war, so würde es auch jetzt sein.

Produktionsstörung aber bedeutet Arbeitslosigkeit. Im ersten Halbjahr 1922 war die Zahl der Arbeitslosen von Tag zu Tag zurückgegangen; es war sogar eine starke unbefriedigte Nachfrage nach gelernten Arbeitskräften vorhanden. Dagegen liegen jetzt aus einer ganzen Reihe von Industriezweigen Mitteilungen über Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen vor. Die demnächst zur Veröffentlichung kommenden Zahlen werden auch den ziffernmäßigen Nachweis erbringen, daß die Wirtschaftslage umgeschlagen ist. Die Arbeitslosigkeit aber bedroht nicht nur den einzelnen mit Unsicherheit der Existenz, sondern sie ist wie eine ansteckende Krankheit, die alle bedroht.

So steht die deutsche Wirtschaft also am Beginn einer neuen schweren Erörterung. Ihre Wirkungen werden um so verhängnisvoller sein, als sie uns völlig unvorbereitet treffen. Anstatt den Produktionsapparat zu intensivieren, haben Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft die mühseligen verdienten Milliardengewinne der letzten Jahre zum größten Teil völlig unproduktiv angelegt. Sie haben stets nur an sich selbst gedacht, haben riesige Kapitalien der deutschen Wirtschaft entzogen, im Auslande oder in fremden Zahlungsmitteln angelegt, in der Erwartung, damit gegen alle Gefahren der Wirtschaft gesichert zu sein. Wie der Sturz der Mark sie in ihrer Panikstimmung zur Anlage ihres Vermögens in fremden Werten veranlaßte, so dürften sie jetzt durch rücksichtslose Abkopfung von entbehrlichen Arbeitskräften, das Risiko wiederum auf die Arbeiter abwälzen wollen.

Es geht nicht an, daß wir dieser Entwicklung tatenlos gegenübersehen. Ebenso verfehlt aber ist es, unsere Kraft auf Palliativmitteln zu beschränken, die schon ausreichen, aber keinen wirklichen Erfolg bringen. Der Kampf gegen Wucher und Preissteigerungen ist gewiß notwendig. Seine Wirkungen aber werden so lange zweifelhaft sein, als die Geldentwertung fortschreitet und unsere Erzeugung hinter dem Bedarf zurückbleibt.

Wir müssen deshalb alle Kräfte anspannen, um das Uebel an der Wurzel zu bekämpfen, das heißt der Marktentwertung Einhalt zu gebieten. Nachdem Deutschland durch das Abkommen mit Belgien eine wenn auch ungenügende Kiempause erhalten hat, muß die damit gebundene Möglichkeit zu einer planmäßigen Stützungsaktion der Mark auch benützt werden. Wenn Hand in Hand damit handels-, wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen erfolgen, so kann neben der Steigerung der Produktion auch die Beseitigung des Defizits in der Handels- und Zahlungsbilanz und die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt erzielt werden. Dann ist auch ein erfolgreicher Kampf gegen Teuerung und Wucher, sowie ein Schutz der von der Arbeitslosigkeit bedrohten Massen möglich.

Paul Herz, M. d. R.

Er erwartet, „daß der Staatsgerichtshof endlich den Mut dazu aufbringt, den Verhandlungstermin festzusetzen“. In diesem Termin soll aber Rosenfeld nicht die Verteidigung führen, da Eberlein beabsichtigt, „diesen eminent politischen Prozeß politisch zu führen“, während Rosenfeld nur als Jurist auftreten könne, im übrigen aber habe Rosenfeld einen mühenreichen Kampf gegen Eberleins russische Freunde wegen des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre geführt, was ihn ebenfalls hindere, seinen bisherigen Verteidiger mit der weiteren Wahrnehmung seiner Interessen zu betrauen.

Im Prozeß Eberlein ist der Termin noch nicht angefallen. Nach unserer Auffassung liegt zu besonderer Eile auch gar keine Veranlassung vor. Wer im Moskauer Kremel wohnt, kann zwar leicht seine Beurteilung von deutschen Gerichten fordern, er wird sich aber hüten, zur Verhandlung zu erscheinen. Dafür kann er umso tatkräftiger mitwirken an der Beurteilung russischer Sozialisten, deren „Verbrechen“ mit den von Eberlein im Mitteldeutschen Aufstand geplanten und verübten Grausamkeiten nicht zu vergleichen sind.

Keine Getreideausfuhr aus Preußen.

Die Berliner Redaktion einer Reihe von Provinzzeitungen verbreitete nach einer Berliner Quelle die Meldung, daß „der preussische Minister in Folge der außerordentlich günstigen Ernteausichten die Ausfuhr von Getreide und Getreidefrüchten ins Ausland gestattet habe. Man rechne mit einer Ausfuhrmöglichkeit von 50 000 Waggons Getreide und 300 000 Waggons Kartoffeln, außerdem auf eine erhebliche Zuderausfuhr.“

Der amtliche Preussische Pressedienst stellt zu dieser Meldung, die einen bedauerlichen Grad von Unkenntnis unserer tatsächlichen Verhältnisse verrät, fest, daß das preussische Ministerium niemals einen solchen Beschluß gefaßt hat. Damit erledigen sich auch die von den betreffenden Blättern gegen die Berliner Meldung gebrachten redaktionellen polemischen Kommentare von selbst.

Devisen-Kurse.

Berlin, 2. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	30. Septbr.	29. Septbr.
Amsterdam	100 fl.	68670.30
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	11635.35
Kristiania	100 Kr.	28024.90
Kopenhagen	100 Kr.	33483.05
Stockholm	100 Kr.	43245.95
Helsingfors	100 Finn. Mk.	3595.50
Rom	100 Lire	6976.25
London	1 £	7191.—
New York	1 Doll.	1647.98
Paris	100 Frs.	12554.80
Zürich	100 Frs.	30961.25
Madrid	100 Pesetas	24968.75
Wien	100 K.	2.20 1/2
Prag	100 K.	5068.65
Budapest	100 K.	65.91
		68670.30
		11635.40
		27989.95
		33587.95
		42946.25
		3265.45
		6881.35
		7220.95
		1627.96
		12359.60
		30486.80
		24569.25
		2.13
		5003.70
		63.92

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikunst Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., Hamburg in 1922.

Ämtlicher Teil.

Bersammlung der Bürgerschaft

am Montag, dem 9. Oktober, abends 6 Uhr
im Bürgerschaftssaal des Rathhauses.

Gustav Ehlers,
Vorführer der Bürgerschaft.

Bekanntmachung.

Das für das Jahr 1923 aufgestellte Verzeichnis der in der Stadt Lübeck wohnhaften Personen, die zum Schöffennamte berufen werden können (Urliste), wird an den Werktagen von Montag, den 2. Oktober bis Montag, den 9. Oktober einschließlich von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr im städtischen Landesamt (Braunstraße 2) zur Einsicht ausgelegt sein. Einsprachen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste sind dabei während der erwähnten Zeit schriftlich zu erheben oder zu Protokoll zu geben.

Lübeck, den 30. September 1922.
Das Stadt- und Landamt.

Arzneitaxe.

Gemäß § 80 der G. D. und § 2 der W. D. wird bekannt gemacht:

Die 10. abgeänderte Ausgabe der Deutschen Arzneitaxe 1922 tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die 9. abgeänderte Ausgabe außer Kraft.

Die Apotheker sind ferner berechtigt, auf den nach Nr. 1.-III der allgemeinen Bestimmungen berechneten Verkaufspreis einen Arznei-Zerungszuschlag von 5 v. H. zu erheben.

Lübeck, den 30. September 1922.
Der Gesundheitsrat.

Handelsregister.

Am 30. September 1922 ist eingetragen 1. bei der Firma Württembergische Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit in Stuttgart, Zweigniederlegung Lübeck: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. Juni 1922 ist die Satzung geändert und neu gefasst. Der Vorstand leitet die Geschäfte der Anstalt und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Wenn der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, so wird durch den Aufsichtsrat bestimmt, ob ein Vorstandsmitglied für sich allein oder in Verbindung mit anderen Vorstandsmitgliedern oder mit Prokuristen die Anstalt zu vertreten befugt ist. Das Vorstandsmitglied Präsident Dr. Karl von Geyer in Stuttgart ist ausgeschieden. Der bisherige zweite Vorstand Direktor Dr. Carl Kaiser in Stuttgart ist zum ersten Vorstand und Direktor, Franz Hopp in Stuttgart zum zweiten Vorstand bestellt, jeder mit Alleinvertretungsbefugnis. Die Prokura des Franz Hopp ist erloschen; 2. bei der Firma Lange & Nielsen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Den Kaufleuten Carl Otto Grig Schmidt und Herbert Gustav Adolf Carl Sahlmann in Lübeck ist Gesamtprokura erteilt.

Lübeck, Das Amtsgericht Abt. II.

Nichtamtlicher Teil.

Infolge Schlägen
fallenschied heute
meine liebe Frau,
unser gute Mutter,
Schwieger- u. Groß-
mutter

Emma Harnack,
geb. Köpke
im 55. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
im Namen der Hinter-
terbliebenen

Carl Harnack,
Lübeck, 30. Sept. 1922
Eichenburgstr. 135.
Trauerfeier Mitt-
woch, den 4. Oktober,
vorm. 10 1/2 Uhr, Kap-
elle Burgtor. (7624)

Für behördliches Büro wird möglichst sofort
eine Dame gesucht,
die im Schreiben und Rechnen absehr geübt ist.
Bewerbungen unter M. II 27. an die Exp. d. Bl.

Kindern, gel. Eng. m. Bl.
u. A 437 a. d. Exp. (7616)

1 eigener Leihen z. d. Hn.
zu erl. nach 6 Uhr. (7611)
Engelwisch 47 II.

Arbeitsstiefel Größe 42
zu verkaufen. (7615)
Kornwischstraße 54 pl.

3. u. 4. Gaslampen z. v. l.
(7621) Güternstraße 15.

2 Gaslampen zu ver-
kaufen. (7620)
Unterstraße 88/89.

Belgischer wein, geacht.
Bei St. Johannis 38 I.
(7636)

Eimerbier
Dienstag - Mittwoch
(7602) H. Bock.

Steppdecken
Anfertigung u. Ver-
kauf. Bei St. Johannis
Breitestr. 31. Parap. (7632)

Sofort Laufbursche
a. d. Schulzeit. (7605)
R. Westphal, Sandstr. 14

Morgenmädchen
gesucht. 1. u. 2. Kl.
(7617) Süperior-Allee 13.

Gesucht Morgenmädchen
oder Frau. (7595)
Frau v. Freidenfeld,
Rathenauerstr. 7 (Burgl.)

Mit. Metrichannspicifen
mit Beschlag kann zu
höchsten Preisen. (7534)
Angel. u. A 435 a. d. G.

Kindern, gel. Eng. m. Bl.
u. A 445 a. d. Exp. (7596)

1 eigener Leihen z. d. Hn.
zu erl. nach 6 Uhr. (7611)
Engelwisch 47 II.

Arbeitsstiefel Größe 42
zu verkaufen. (7615)
Kornwischstraße 54 pl.

3. u. 4. Gaslampen z. v. l.
(7621) Güternstraße 15.

2 Gaslampen zu ver-
kaufen. (7620)
Unterstraße 88/89.

Belgischer wein, geacht.
Bei St. Johannis 38 I.
(7636)

Eimerbier
Dienstag - Mittwoch
(7602) H. Bock.

Steppdecken
Anfertigung u. Ver-
kauf. Bei St. Johannis
Breitestr. 31. Parap. (7632)

Aufruf

zur Errichtung eines Denkmals zu Ehren der im Weltkriege
gefallenen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des
Infanterie-Regiments Lübeck (3. Hanseat.) Nr 162.

Männer und Frauen Lübecks!

Die Taten des Regiments im Weltkriege für Volk und Vaterland sind
durch den Heldentod von 1877 Angehörigen des Regiments in das Buch
der Geschichte eingetragen.

Es gilt Ihnen ein Denkmal zu setzen, nicht nur in unseren Herzen,
sondern auch in sichtbarer Gestalt, würdig der Helden, würdig des Dankes,
den die Vaterstadt ihren Söhnen schuldet,

ein Denkmal,

den Gefallenen zur ehrenden Erinnerung,
den Lebenden und zukünftigen Geschlechtern zur Nacheiferung.

Mitbürger!

Trage jeder nach seinem Vermögen sein Scherlein bei zur Ausführung
dieses Ehrenmales.

Eure Spende ist der Dank für die Brüder, die Euch Blut und Leben
geopfert haben. Ehret die Toten!

Gaben — auch die kleinsten — werden von allen Banken für das
Konto „Ehrenmal 162“ entgegengenommen oder sind in unsern Zeichnungs-
listen einzutragen.

Der Denkmalausschuß.

Denkmalausschuß: Major Balcke, Baudirektor Baitzer, Präses der Handelskammer
Bois, Senator Bromme, Senator Evers, Konjul Fehling, Major Goetze, Buchdrucker-
besitzer Heise, Landestierarzt Dr. Hempel, Geistlicher Henk, Generalmajor von Heinitz,
Architekt von Ladiges, Kaufmann Metzloff, General der Infanterie von Morgen,
Bürgermeister Dr. Neumann, Generaldirektor Dr. Neumark, Hauptmann Flugradt,
Buchdruckerbesitzer Schmidt, Domänenwächter Schleth, Syndikus Dr. Schunck, Di-
rektor Schwabroch, Kaufmann Schweighofer, Konjul Tesdorpf, Direktor Thiel,
Senator Dr. Vermehren.

Wiederöffnung
meines Geschäfts

Dienstag, 3. Oktober

Otto Martens

Sandstrasse 14 (7586)

Lederwaren u. Reiseartikel.

100 Ztr. frische Margarine

pr. z. 185.-, 190.-, 195.-

Schmalz z. Mk. 235.-
Kunstspeisefett .. z. Mk. 210.-

Lübecker Margarine-Centrale

Holstenstr. 6, Markthalle, Warendorferstr. 9
Bismarckstraße 29. (7588)
Schwartau. Schlutup.

1 Pfd. Zucker

gebe ich für 5 laubere Meißelchen oder für
5 Kilo glattegelegtes Zeitungspapier, gebunden.

Gustav Hardt, (7618)

Beckergrube 73.

Reine Fernsprechnummern sind ab 1. Oktober
486 und 1486

(außerhalb der Geschäftsstunden n. Privat
nur 486).

Telegraphenadresse: Tebe Lübeck.
Th. Böcker,

Gesellsch. für Fern- und Zügelmittel.

Karl Obst
Am Brink 11 b.

Haltbare Sohlen u. Absätze.

Joh. Voss,
(7583) Fleischhauerstraße 77.

Aubergewürst billig

heizen und kochen

Sie mit dem

Thermidor-Ofen, D. R. Patent.

Gg. Krach

Lübeck, Glockengießerstr. 50
Telefon 8445. (7586)

Konsumverein

für Lübeck u. Umgegend
E. G. M. D. H.

Zuttermittel

Zuttergerste	..	Pfd.	34.—
Reines Gerstenschrot	34.—
Mais, feinstörnig	32.—
Maischrot	32.—
Roggenfaltermehl	26.—
Reiszuttermehl 24/28%	18.—
Roggen- u. Weizenmehl	16.—
Gerstenzuttermehl	15.—

Wir führen nur einwandfreie Quali-
täten. Unsere Preise liegen teilweise
weit unter den heutigen Tagespreisen.
Abnahme kann zur Zeit daher beson-
ders empfohlen werden.

Die Preise gelten nur für diese
Woch e, soweit der Vorrat reicht.
(7623) Der Vorstand.

Das auf Parteitags-
beschluss angefertigte

**Partei-
Abzeichen**

in Form einer schmuck-
vollen metallenen An-
stecknadel ist in der Buch-
handlung des Lübecker
Volksboten zu haben.
Preis Mk. 25.—

Das Wahrzeichen der
Sozialdem. Partei trägt
jeder überzeugte Genosse!



Stuhlmöbel!

Größerer Beizen außers
preiswert.
Fabrikpreise!
Bericht ab Montag
3 Uhr. 9-12, 2-6
an Schöneberg 1, 64

Meiner wert. Kundschaft
zur gefl. Nachricht, daß
die fortwährenden Preis-
erhöhung d. Zeitschriften
u. sonstig. Unkosten mich
zwingt, die Lesergebühren
meiner gangbarst. Lesemapp.
ab 1. Oktober (7612)
um das einfache
zu erhöhen.

E. Th. Dewartz.

Zeitzirkel, Hüxterdamm
fertig an die
Buchdruckeri von
Friedr. Meyer & Co.

„OPERA“

Anfang 8 1/2 Uhr (7608)
Der sächsische Grottesk-Komiker
Arno Bruck
und das hervorragende
Oktober-Programm.

**Zentralverband
der Zimmerer**

(Bezirk Lübeck).
Mitglieder-
Versammlung
am Dienstag, 3. Oktbr.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Lohn-
verhandlung.
2. Innere Verbandsan-
gelegenheiten.
Der Vorstand.

**Deutscher
Eisenbahner-
Verband.**

Ortsgruppe Lübeck.
Mitglieder-
Versammlung
am Mittwoch, d. 4. Okt.,
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Gehalts- und Lohn-
bewegung.
2. Bericht von der Gene-
ralversammlung
München
(Kollege Timme.)
Mitgliedsbücher vor-
setzen. (7610)
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-
Verband.**

Verwaltungsstelle Lübeck.
Außerordentliche
Mitglieder-
Versammlung
am Dienstag, d. 3. Okt.,
abends 7 1/2 Uhr,
bei F. Lender, Gundeßtr. 41

Tages-Ordnung:
1. Bericht von den am
2. Oktober stattgefun-
denen Bezirkslohn-
verhandlungen.
2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung
erscheint um 6 Uhr in
unserem Bureau. (7609)
Die Ortsverwaltung.

**Verband der
Gemeinde- und
Staatsarbeiter.**

Filiale Lübeck.
Das Bureau der Fi-
liale befindet sich ab 4.
d. M. im Hause Gundeß-
straße 51, eine Treppe
hinauf.
Das Filial-Bureau
bleibt an diesem Tage
wegen Umzug geschlossen.
Die Ortsverwaltung.

**Gemeinnützige Arbeits-
genossenschaft „Lübeck“**

e. G. m. b. H.
**Bezirks-
Versammlung**
der 4 Stadtbezirke
am Dienstag, d. 3. Okt.,
abends 8 Uhr (7608)
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Mitgliederratswahl.
Der Vorstand.

Strohsockeln

für den Winterbedarf
empfiehlt nur prima
Ware, alle Sorten
Wihl. Söfke,
Schwartauer Allee 46 a
Telephon 8822. (7622)

Café „Vaterland“

Täglich Konzert
der (7597)
Hamburger Künstler-
Vereinigung.
Direktion: Adolf Martens

Trocadero.

Schüsselbad, A. F. 787
Täglich
**Nachmittags-
Konzert.**
Anfang 5 Uhr.
Abends 8 1/2 Uhr:
Wiener Stimmung.

Hansa-Theater.

Heute,
Montag, 7 1/2 Uhr:
Die beiden Nachtigallen.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Zum 15. u. letzten Male!
Die Bajadere. (7604)
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Die beiden Nachtigallen.

Stadtheater Lübeck

Montag, 2. Okt., 7.30:
1. Sinfonie-Konzert.
Dienstag, 3. Okt., 7.30:
Ab. A. Der Musikant.
Mittwoch, 4. Oktober,
7.30 Uhr, Ab. A.: **Der
Liebhaber.** (7592)

Mittwoch, 4. Okt. 8 Uhr
im grünen Saal: Ein-
leitender Vortrag zu
Rich. Strauß' „Ariadne
auf Naxos“ v. Kapell-
meister W. an n s t a e d t.
Preis: 10 u. 5 Mt.

Die Eintrittspreise sind
ab 1. Oktober um zirka
50 Proz. erhöht worden.
Theaterbehörde und Di-
rektion sind durch die
Geldentwertung und die
damit verbundenen er-
höhten Ausgaben in die
Notwendigkeit verlegt
worden, auch die Abon-
nementspreise für die
erste, bereits gezahlte
Quote von der 11. bis
20. Vorstellung ab um
50 Proz. zu erhöhen.
Diese Maßnahmen sind
bereits eingehend be-
gründet worden. Es
darf angenommen wer-
den, daß sich die ver-
ehrlichen Abonnenten mit
den durch die Zeitver-
hältnisse gegebenen Er-
höhungen einverstanden
erklären. Die nachzu-
fordern Beträge sind:
Für Ganzabonnement
1. Gruppe 246,50 Mt.
2. Gruppe 190.— Mt.
3. Gruppe 143,50 Mt.
4. Gruppe 115.— Mt.
5. Gruppe 88.— Mt.
6. Gruppe 68.— Mt.
7. Gruppe 50,50 Mt.

Für Halbabonnement
die Hälfte, für Viertel-
abonnement den 4. Teil
dieser Summe. Nach-
zahlungen für das Sonn-
abend-Abonnement. Gruppe
1: 137,50, Gruppe 2:
108,75, Gruppe 3: 78,75,
Gruppe 4: 62,50, Gruppe
5: 45.—, Gruppe 6:
36,50, Gruppe 7: 26,75.
Gegen Vorsetzung der
Abonnementkarten wird
die Zahlung der Be-
träge von Mittwoch, den
4. Okt. bis Sonnabend,
den 7. Okt., nachmittags
a. d. Theaterkasse von
3-6, Donnerstag von
3-5 1/2 Uhr entgegenge-
nommen.

Freistaat Lübeck.

Montag, 2. Oktober.

Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet morgen, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Die Genossen Dr. Leber und Haut erheben Bericht von den Parteitagungen in Augsburg und Nürnberg. Ferner steht die Festsetzung des Mitgliedsbeitrages auf der Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Mitgliedsbücher müssen vorgelegt werden.

Fischhändler und Fischer.

In den letzten Tagen kam es zwischen den Fischhändlern und Fischern der hohen Fischpreise wegen zu Differenzen, über deren Lösung das Publikum sehr gespannt ist. Um einen Ausgleich herbeizuführen, wurde zu Sonnabend nach Schluß eine Versammlung einberufen, an der Vertreter beider Parteien teilnahmen und die vom Vorsitzenden der Wucherkommission, dem Genossen Emil Knapp geleitet wurde. Auch zwei Vertreter des Landesvorstandes Eutin waren zugegen. Knapp gab einen umgrenzten Überblick über die mangelnde Wirtschaftslage und insbesondere über die gewaltige Teuerung auf dem Lebensmittelmarkt, auf dem jedem sich bemerkbar machenden Wucher entgegengetreten werden müsse. Wenn auch die Teuerung an sich in erster Linie durch die Reparationslasten bedingt sei und folglich nicht abgeschafft werden könne, so dürfe doch nichts unversucht werden, um diese Teuerung dort zu mildern, wo es irgend angingig sei; bei den Inlandsersparnissen. Beim Fisch handle es sich um ein solches, und doch sei dessen Preisentwicklung so fortgeschritten, daß der Fisch bereits zur Delikatesse und für viele unerschwinglich geworden sei. Angesichts der großen Not, verstärkt durch die bald eintretende große Arbeitslosigkeit empfahl die Wucherkommission eine Fischpreisoberbegrenzung um 20 Proz.

Die Händler wandten sich mit großer Energie gegen die fortschreitende Aufspaltung der Fischpreise, unter denen sowohl sie selbst wie die Konsumenten litten. Sie wollten auch nicht als Wucherer gelten. Daß eine Preisoberbegrenzung möglich sei, hätten die Händler dadurch bewiesen, daß sie aus Wismar und Warnemünde billigere Fische nach Lübeck gebracht hätten. Die Händler behaupteten weiter, daß die Fischereigenossenschaft zu teuer arbeite und daß seit der Gründung dieser Genossenschaft die Fischpreise ständig gestiegen seien. Lübeck erhalte überdies nur einen Bruchteil der Fänge, das andere werde nach auswärtig geliefert. Nur wenn die Ware nicht abgehe, werde der Preis herabgesetzt. Ueber die Anfrage des Genossen Knapp, wie sich die Fischereigenossenschaft zu der Beschwerde der Händler an die Preisprüfungsstelle — 15 Mk. Steigerung pro Pfund — verhalte, erklärte ein Genossenschaftsvertreter, es handle sich gar nicht um eine derartige Steigerung von einem zum anderen Tag. Die Händler hätten unter Gewaltdrohung die Preisoberbegrenzung erzwungen. Die Genossenschaft habe nur den Preis der Vortage wieder eingestellt. Die Händler behaupteten weiter, die Fischereigenossenschaft zehre nicht nur am Markt der Konsumenten, sondern auch an denjenigen ihrer eigenen Mitglieder. Sie habe ferner schon mit ihrem Auto gute Fische in die Provinz geführt, um die Preise selbst für die minderwertigere Ware in Lübeck hochzuhalten. Die Genossenschaft habe sich eine Monopolstellung angeeignet, sie wirke bei Konkurrenzangeboten preisdrückend, und verleihe nach Ausschaltung der Konkurrenz den Verlust wieder hereinzubringen. Sie wolle auch den Händler niederknurren. Die Fischereigenossenschaft solle etwas von ihrem Preise ablassen, dann würden sich auch die Händler mit einem geringeren Verdienst abfinden.

Die Vertreter der Fischereigenossenschaft, Willwäter und Reese, nahmen wiederholt das Wort zu den Vorwürfen der Fischhändler. Willwäter erklärte, daß die Preisoberbegrenzung hauptsächlich von Warnemünde aus erfolge, weil sich der Fisch dort hin verzoget habe. Die hier geforderten Preise seien nicht nur nicht zu hoch, sondern in Anbetracht der hohen Unterhaltungskosten sogar unzureichend. Ein Paar Fischereiflöße kosteten heute schon 18.000 Mk. Genau so große Preissteigerungen verurteilten die Fischereigeräte und insbesondere der Petrusfisch. Die Fischerei gehe den schlimmsten Zeiten entgegen. Bei niedrigen Preisen laufe Lübeck Gefahr, daß die Fische ausgeführt würden. Herr Reese unterstrich diese Ausführungen und behauptete, wenn ein Teil der Fische nicht nach Dänemark verkauft worden wäre, hätte mancher Fischer seine Existenz nicht aufrechterhalten können. Beim Fisch handle es sich um eine leicht verderbliche Ware, und bei den unregelmäßigen Fängen sei die Genossenschaft gezwungen, entsprechende Preise zu fordern. Die Fischer litten heute schon unter dem Raubbau, der in der Ostsee während der Kriegsjahre getrieben wurde. Dem Vorschlag des Herrn Knapp nach 20prozentiger Preisoberbegrenzung zuzustimmen, habe er keine Vollmacht. Sie hätten zunächst die Interessen der Genossenschaft zu vertreten und für die Existenz ihrer Mitglieder zu sorgen. Die Generalversammlung der Fischereigenossenschaft finde in 14 Tagen statt; sie werde sich mit dieser Aussprache beschäftigen. Wenn es den Händlern gelingen sollte, recht viele Ware von auswärtig zu billigem Preise nach Lübeck zu bringen, so sei dieses nur zu begrüßen.

Genosse Schmidt als Vertreter des Landesvorstandes Eutin hob hervor, Sawartau besitze aus Rindorf billigere Fische. Nach dem Gehörten reize keine Auffassung mehr auf die Seite der Händler, denn man gewinne die Preisoberbegrenzung, daß die Fischereigenossenschaft genau mit den gleichen Argumenten und theoretischen Forderungen aufwarte, die die Landwirtschaft. Diese behaupte auch immer, mit ihren Preisen zu kurz zu kommen. Der Betrieb der Fischereigenossenschaft arbeite zu teuer. Im Interesse der Allgemeinheit sollte die Genossenschaft etwas Entgegenkommen zeigen.

Bezeichnend und von der Wirklichkeit nicht anerkannt war die Bemerkung eines Anwesenden der Genossenschaft. Er will von einem Händler gehört haben, daß die teuersten Butt nicht von der „Hautvoles“, sondern von Arbeitern gekauft würden. Es ist dieselbe dumme Redensart, die auch bei der Butter so oft geäußert zu machen versucht wird.

Das Ergebnis der Versammlung war gleich null. Genosse Knapp behaupte diese Tatsache im Schlußwort um so mehr, als die Fischereigenossenschaft früher zeitweise für Lübeck großes Entgegenkommen gezeigt habe. Hoffentlich werde dieses auch hier nicht ausbleiben. Daraufhin erklärte Herr Reese, es sei wenig Hoffnung vorhanden, daß die Fänge der Seezucht eine Preisoberbegrenzung ermöglichen. Schläge aber der Heringsfang aus ein, dann werde die Genossenschaft dafür sorgen, daß die Reemster der Armen reichlich bedacht würden. — Ein magerer Trost für die späte Zukunft.

Schiedspruch für die Werften.

Der vom Reichsarbeitsministerum eingeleitete besondere Schlichtungsausschuß hat in seiner Sitzung in Hamburg am Donnerstag folgenden Schiedspruch gefällt:

Die Löhne zu D 2 des Tarifvertrages betragen vom Beginn der ersten vollen Lohnwoche, die in den Monat Oktober fällt, bis zum Ablauf der zweiten vollen Lohnwoche für sämtliche über 20 Jahre alten Arbeiter, ausgenommen die unter D 2 besonders aufgeführten Kategorien

	Stundenlohn	Akkordgrundlohn
für Gelehrte	50,00—52,00 M	52,00 M
„ Angelehrte	47,00—49,00 M	49,00 M
„ Ungelehrte	43,00—45,00 M	45,00 M

Die Stundenlöhne der jugendlichen Arbeiter unter 20 Jahren für Jugendlöhne unter 15 Jahren 7,50 M zwischen 15 und 16 Jahren 12,00 M „ 16 „ 17 „ 17,00 M „ 17 „ 18 „ 20,50 M „ 18 „ 19 „ 24,50 M „ 19 „ 20 „ 27,00 M für ausgelehrte Jugendlöhne 34,00 M

Die Verkehteten- und Kinderzulagen bleiben unverändert. Von der Festlegung der Löhne für die zweite Oktoberhälfte wird mit Rücksicht darauf abgesehen, daß der Ramentarif auf den 1. Oktober gekündigt und Verhandlungen über einen neuen Ramentarif schweben.

Die Parteien werden ersucht, sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches bis zum 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, zu Händen des Schlichtungsausschusses Hamburg zu erklären.

Vorsitzender Schiedsrichter bringt für die Arbeiter über 20 Jahre eine Verdiensterhöhung von zirka 12,00 bis 13,00 Mk. pro Stunde. Die Jugendlichen und Ausgelernten erhalten, da sie bei den letzten Schiedsprüchen zu kurz gekommen sind, prozentual eine etwas höhere Zulage. Ueber den Ramentarif konnte noch nicht verhandelt werden, weil die Vertreter der Norddeutschen Gruppe bisher angeblich durch Arbeitsüberlastung verhindert waren, für diese Verhandlungen die notwendigen Vorarbeiten zu treffen. Es wurde zugesagt, in den allernächsten Tagen Nachricht zu geben, wann die Verhandlungen stattfinden können.

Die Zentralverwert- und Verhandlungskommission sowie die Vertreter der Werftorte empfehlen die Annahme des Schiedspruches. Die Abstimmung fand am Sonnabend in allen Werftorten statt.

In Lübeck wurde der Schiedspruch mit 1305 gegen 571 Stimmen abgelehnt. Die Ablehnung ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, weil die Unternehmer den Schiedspruch in dieser Form nicht anerkennen wollten. Sie haben einen Vorschlag gemacht, wonach Jugendliche und Angelehrte einen etwas niedrigeren Stundenlohn erhalten sollen. Dagegen sind sie bereit, bei der nächsten Brotpreiserhöhung die sozialen Zulagen auf 4 Mark und die Kinderzulagen auf 3 Mark zu erhöhen. Die Verhandlungskommission hat bereits für den Fall, daß der Schiedspruch angenommen wird, Schritte zur Verbindlichkeitsklärung unternommen.

Lohnverhandlungen für die Landarbeiter gescheitert!

Am Freitag fanden in Kiel für die in Schleswig-Holstein und Lübeck in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von der Gauleitung beantragte Lohnverhandlungen statt, um die Löhne der jetzigen Teuerung anzupassen. Die Verhandlungen selbst nahmen einen unerwartet schnellen Verlauf. Nachdem die Gauleitung die Forderung einer 50proz. Erhöhung aller Reallohne eingehend begründet hatte, erklärten die Arbeitgeber, die landwirtschaftlichen Löhne in Schleswig-Holstein seien im Vergleich zu anderen Provinzen die höchsten. Sie seien außerstande, bei den jetzigen Getreidepreisen noch höhere Löhne zu zahlen, und am Rande ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. In jedem anderen Berufe würden die erhöhten Löhne sofort auf die zu verkaufenden Produkte abgemälzt, den Landwirten aber sei für einen großen Teil ihres Getreides schon seit vorigem Jahre ein Preis vorgeschrieben, der nicht im geringsten Rücksicht auf die Rentabilität ihrer Betriebe nehme. Es wurde weiter von ihnen betont, daß, wenn im vorigen Jahre bei einem Dollarkurs von zirka 400 ein Getreidepreis von 350 Mk. den Verhältnissen entsprechend angemessen war, heute bei einem Dollarkurs von zirka 1600—1700 derselbe Umlagepreis unhaltbar sei. Nur dann könnten sie höhere Löhne zahlen, wenn ein anderer Getreidepreis festgelegt werde. Da die Arbeitgeber auf ihrem ablehnenden Standpunkt bestehen blieben, wurde vereinbart, auf dem schnellsten Wege auf Grund der Bestimmungen des Tarifvertrages die landwirtschaftliche Spruchkommission in Kiel anzurufen. — Trotz Ablehnung der Forderung bringt der Ausgang der Verhandlungen doch etwas Gutes mit sich. Es werden endlich denjenigen Arbeitern die Augen geöffnet, die fortgesetzt auf das Geschick einiger Arbeitgeber herabsehen, die stets erklären: Wir als Arbeitgeber sehen ein, daß die Löhne zu niedrig sind, wir würden auch gerne mehr bewilligen, wenn die Gauleitung nur des Bitteren und höhere Forderungen stellen würde. Aus dem Verhandlungsergebnis können die Arbeiter ersehen, wie es in Wirklichkeit mit der Bewilligungsbereitschaft der Arbeitgeber aussieht.

pb. Einen raffinierten Hoteldiebstahl führte am Donnerstag ein angeblicher Apotheker Dr. Wilhelm Kraus aus München aus, der sich in einem hiesigen Hotel als Gast eingemietet hatte. Den Umständen, daß ein anderer mit ihm auf demselben Stockwerk wohnhafter Hotelgast sein Zimmer unversichert gelassen hatte, nutzte er aus, um aus einem auf dem Tisch des Hotelkimmers liegenden Schektscheine vier Schektscheine zu reißen und diese mit einem Reispap, lautend auf den Namen des Kaufmanns Ernst Wendt, geb. in Schönberg, der in Helsingfors ausgestellt war, zu fesseln. Durch den Reispap hatte der Dieb Gelegenheit sich über die Unversichert des Kontoinhabers zu informieren. Die Schektscheine gab er gefälligst als Zahlung für von ihm bei hiesigen Juwelieren gekaufte Schmuckgegenstände im Werte von über 1/2 Million in Zahlung. Die Schecks wurden, da hinreichende Deckung für dieselben vorhanden waren, von der Bank ausbezahlt, wobei dem Diebe der volle Gewinn in die Hände fiel. Offenbar ist der angebliche Dr. Kraus ein gewiefter Hoteldieb, der nunmehr nach ausgeführter Tat flüchtig geworden zu sein scheint.

Stattreise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Delegierte der Ortsausschüsse und Gewerkschaftsvorstände! Voranzeige! Am Freitag, dem 6. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine sehr wichtige Vorstandskonferenz statt. Wir machen schon heute darauf aufmerksam und bitten diesen Tag freizuhalten.

Der Vorstand des ADG.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei. Eine außerordentliche Generalversammlung findet heute, Montag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl eines Vorstandsmitgliedes. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Antrittsfeier legitimieren.

Stadttheater. Dienstag wird „Der Musikant“ wiederholt, Mittwoch Chams Lustspiel „Der Liebhaber“.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Not der Presse. Eine Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei für das Hamburger Staatsgebiet beschloß, dem Vorschlag der Parteivorstände und der Pressekommission, daß das „Hamburger Echo“ ab 1. Oktober nur mehr siebenmal wöchentlich erscheinen soll, zuzustimmen. Damit ist das einzige sozialistische Organ, das in Deutschland neben dem „Vorwärts“ noch zweimal täglich erscheint, zur einmaligen Ausgabe übergegangen. In der Versammlung sprachen dann noch je ein Vorstandsmitglied der Sozialdemokratie und des Ortsvereins der ehemaligen USG über die vollzogene Entscheidung und die Aufgaben der einzigen Partei. Der Zusammenschluß in Hamburg wurde von der Versammlung mit Begeisterung begrüßt.

Hamburg. Fast zwei Milliarden Nachbewilligungen. Der nächsten Bürgerhaushaltung liegen Senatsanträge auf Nachbewilligungen in Gesamthöhe von 1815 Millionen Mark vor, und zwar werden u. a. allein 229.600.000 für die Ent- und Bewässerungsarbeiten des Marzfließgebietes, über 74 Millionen Mark für die Baudeputation nachgefordert, nahezu 10 1/2 Millionen Mark beanspruchen die Arbeiten auf dem Ohlsdorfer Friedhof, 9.630.000 Mark die Fördergasleitungen nach Wandsbek und Lockstedt, 25 Millionen Mark die Volkshochschule, nahezu 17 1/2 Millionen Mark das Stadttheater. Beinahe 21 Millionen Mark erfordern die Aufschließungsarbeiten im Industriegebiet Billbrook und über 18 1/2 Millionen Mark die Ausbaggerungsarbeiten im Petroleumhafen. Für die Licht- und Wasserversorgung werden 30 Millionen Mark, die Volkshochschule in Fuhsbüttel 21 Millionen Mark, für die Waldhörsen- und Langenhorner Bahn 170 Millionen Mark und für Kleinwohnungen 51 Millionen Mark gefordert.

Hamburg. Der Hamburger Dammtorpark ausgebaut. Der Dammtorpark, eines der schönsten Parkanlagen Hamburgs, ist völlig ausgebaut. Sonnabend, gegen 4 Uhr morgens, schlugen Flammen aus dem Dache des Hauses. Als die Feuerwehr an der Brandstelle eintraf, stand der ganze Mittelbau bereits in Flammen. Offenbar hatte das Dachgebälk schon längere Zeit unbemerkt gebrannt. Es konnte nicht verhindert werden, daß der Dachstuhl einstürzte und die Decke zu dem Café durchschlug, wodurch vier Feuerwehrleute leicht verletzt wurden. Der Schaden ist sehr erheblich; der Betrieb des Cafés ist vorläufig völlig lahmgelegt; das Feuer ist wahrscheinlich durch Kurzschluß entstanden.

Hamburg. Die Frage der Verschmelzung von Harburg und Wilhelmsburg war Gegenstand einer Erörterung im Ratssaal. An dieser Sitzung nahm u. a. auch Staatsbeauftragter Dr. Südekum teil. Die Besprechung mündete in der Uebereinkunft, in einem aus Harburgern und Wilhelmsburgern gleichmäßig zusammengesetzten Ausschuss die ganze Frage gründlich zu studieren und für die Behandlung in aller Öffentlichkeit vorzubereiten.

Weitere Anträge zum Bezirksparteitag.

KoKoK. 1. Der nächste Parteitag findet in KoKoK statt. 2. Die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen Mecklenburgs werden beauftragt, alljährlich auf dem Bezirksparteitag über die Unwesenheit der parteigenösslichen Abgeordneten in den Fraktions- und Parlamentsitzungen zu berichten.

Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft.

Die gemeinwirtschaftliche Arbeitsmethode hat im Baugewerbe den größten Fortschritt in der Zeit nach dem großen Kriege gemacht. Den Produktivgenossenschaften des Baugewerbes war bei der Entstehung gesagt worden, daß die früheren Gründungen nicht den besten Entwicklungsgang zu verzeichnen hätten; und auch der Wille dieser Idealisten würde nicht genügen, um die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung zu beheben. Die warnende Mahnung ist bei allen Gründungen von Genossenschaften nicht berücksichtigt worden. Nach zwei bis dreijähriger Tätigkeit läßt sich ein Vergleich ziehen, welches die beste Form der Vereinigung zur gemeinwirtschaftlichen Arbeit ist. Die geleistete Arbeit in den Geschäften der Genossenschaften ist ein guter Gradmesser für die Erfolge auf dem völlig neuen Gebiet.

Der größte Teil der Bauhütten und Baugenossenschaften hat nach der Gründung eine andere Form der geschäftlichen Einrichtung gewählt. Die zuerst gegründeten eingetragenen Genossenschaften m. b. H. sind in Gesellschaften m. b. H. umgewandelt worden. In Lübeck hat die gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft (Gem. A.) ihre ursprüngliche Form behalten und hat damit gute Erfahrungen gemacht. Bei der Gründung dieser Genossenschaft ist in anderer Weise verfahren wie bei den Bauhütten. Der Leiter der Großeinkaufsgenossenschaft, Herr Kaufmann in Hamburg, führte bei der Tagung der Produktivgenossenschaften des Baugewerbes am 5. Februar 1920 aus: Nun zur Konsumgenossenschaftsbewegung. Wir lehnen nicht die Produktion ab; im Gegenteil, wir wollen zur Produktion im weitesten Sinne, aber nicht auf der Grundlage einer Produktivgenossenschaft, sondern auf der Basis des organisierten Konsums. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, daß, soweit wir die Produktion für den organisierten Konsum entwickeln, wir stärker sind als die kapitalistische Konkurrenz. Dieser Grundgedanke der Produktion für den organisierten Konsum ist es, der uns Kraft und Stärke verleiht hat.

Die Erfahrung der Konsumgenossenschaften war bei der Gestaltung der Lübecker Arbeitsgenossenschaft berücksichtigt worden. Will man die Produktion gemeinwirtschaftlich gestalten, muß man den Konsumenten des zu erzeugenden Produkts zur genossenschaftlichen Mitarbeit heranziehen. Die Baugenossenschaften wollen Wohnungen bauen, mithin müssen die Nutznießer des geschaffenen Wohnraumes als Mitarbeiter in die Genossenschaften aufgenommen werden.

Ein weiterer Grundpfeiler für die Weiterentwicklung einer Genossenschaft ist das Betriebskapital. Das Betriebskapital muß möglichst aus eigener Kraft zur Verfügung stehen. Das eigene Kapital muß systematisch vermehrt werden, wenn der Betrieb den steigenden Anforderungen gerecht werden soll. Die hergestellten Arbeiten der Genossenschaft sollen Qualitätsarbeiten sein, so daß sie durch ihre Güte eine Werbefahrt ausüben. Dadurch werden fortwährend neue Interessenten herangezogen und die Mitgliederzahl vergrößert. Die neuen Mitglieder bringen durch die Einzahlungen auf Geschäftsanteil einen ständigen Zustrom zum Betriebskapital.

Die Konsumgenossenschaften haben schon lange eigene Sparkassen gegründet; sie haben durch die Guthaben der Sparer eine Betriebsreserve. Die Lübecker Gem. A. hat bei der Gründung eine selbständige Bank eingerichtet. Der Betrieb der Bank hat bei den Mitgliedern eine gute Aufnahme gefunden und verzeichnet eine zunehmende Benutzung. Würde die gleiche Einrichtung von den Bauhütten in den Großstädten des Deutschen Reiches getroffen

